

# A9NEU3 Jemen- der vergessene Krieg

Antragsteller\*in: Paula Moser (KV Dresden)

## Antragstext

1 Nach der Ermordung des ehemaligen Präsidenten des Jemen, Ali Abdullah Saleh, und  
2 der weiteren Zersplitterung der Konfliktparteien ist eine langfristige Lösung  
3 für den seit 2015 andauernden bewaffneten Konflikt im Jemen in weite Ferne  
4 gerückt. Die Situation im Jemen ist laut den Vereinten Nationen die schlimmste  
5 humanitäre Katastrophe seit dem zweiten Weltkrieg. Um eine Normalisierung der  
6 humanitären Katastrophe zu verhindern, fordern wir eine konsequente Verurteilung  
7 und Sanktionierung der illegalen Blockaden humanitärer Hilfsgüter, einen Stopp  
8 der Waffenlieferungen an die beteiligten Kriegsparteien und eine umfangreiche  
9 und feministische Herangehensweise an mögliche Waffenstillstandsverhandlungen,  
10 Friedensgespräche und Überlegungen zur Postkonfliktphase.

### 11 1. Aktiv gegen die humanitäre Katastrophe im Jemen - keine 12 Normalisierung des Leidens!

13 Laut UNICEF benötigen rund 80% der jemenitischen Bevölkerung dringend humanitäre  
14 Hilfeleistungen. Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate setzen  
15 dabei die gezielte See- und Luftblockade von humanitärer Hilfe als perfide  
16 Kriegstaktik ein. Dieses Vorgehen ist völkerrechtswidrig und verstößt gegen die  
17 Genfer Konventionen sowie die Sicherheitsratsresolutionen 2140 und 2216.

18 Zu den weiteren Verstößen aller Kriegsparteien gehören gewaltsame Angriffe auf  
19 friedliche Demonstrant\*innen sowie die Blockade elektronischer Kommunikation,  
20 Verschwindenlassen, Folter und außergerichtlichen Tötungen und der Einsatz von  
21 Kindersoldat\*innen. Reporter ohne Grenzen geht von eine Dunkelziffer  
22 verschwundener Personen aus, unter anderem geflüchteter und getöteter  
23 Journalist\*innen. Eine flächendeckende Dokumentation und Information über  
24 Menschenrechtsverletzungen kann nicht gewährleistet werden.

25 Vor allem Kinder leiden stark unter der im Jemen vorherrschenden Gewalt. Ihr  
26 Recht auf Leben, Gesundheit, Bildung, sowie ihr Schutz vor Missbrauch,  
27 Zwangsrekrutierung und Zwangsarbeit werden während des bewaffneten Konflikts  
28 nicht gewährleistet. Mehr als 12 Millionen der jemenitischen Kinder benötigen  
29 dringende humanitäre Hilfe. Unterernährung, der fehlende Zugang zu Bildung und  
30 die Traumatisierung durch ständige Konfrontation mit Gewalt lassen im Jemen eine  
31 ganze Generation verelenden.

32 Wir verurteilen die Politik Saudi-Arabiens, der Vereinigten Arabischen Emirate  
33 und des Iran, die im Jemen einen Stellvertreter\*innenkrieg auf dem Rücken der  
34 Bevölkerung austragen. Wir bekräftigen die Forderungen der BDK 2018 und fordern:

- 35 • Die Bundesregierung auf, auf alle Kriegsparteien einzuwirken, den Zugang  
36 für Hilfs- und Lebensmittellieferungen uneingeschränkt sicherzustellen;
- 37 • Die Bundesregierung auf, sich für targeted sanctions gegen die  
38 Verantwortlichen der Kriegsparteien einzusetzen, die Schlüsselpositionen  
39 in der Entscheidung für die Blockade humanitärer Hilfeleistungen tragen.  
40 Dies ist auch in den Sicherheitsratsresolutionen 2140 und 2216

41 vorgesehen. Die Wahrung des humanitären Völkerrechts und menschenrechtliche  
42 Grundsätze müssen vor anderen außenpolitischen Abwägungen der EU und der  
43 Bundesregierung hinsichtlich der im Krieg beteiligten Staaten stehen;

- 44 • Alle Beteiligten auf, die besonderen Bedürfnissen der von der humanitären  
45 Krise im Jemen betroffenen Kinder bei Hilfeleistungen besonders zu  
46 berücksichtigen

## 47 2. Die EU trägt ihre Mitschuld: Waffenexporte stoppen!

48 Um die andauernde humanitäre Katastrophe im Jemen nicht zu verschlimmern, muss  
49 die Bundesregierung einen sofortigen Stopp von Waffenexporten an die  
50 Kriegsparteien umsetzen. Zu den von der EU belieferten Kriegsparteien zählt die  
51 arabische Koalition aus Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate,  
52 Ägypten und sowie der Sudan.

53 Ein Bericht der Expert\*innenkommission des Menschenrechtsrates der Vereinten  
54 Nationen (VN) vom August 2018 bestätigt mehrfach Brüche des humanitären  
55 Völkerrechts seitens der kriegführenden Parteien. Die Prämisse, zivile Opfer zu  
56 meiden, wurde von keiner der Kriegsparteien eingehalten. Dabei wurden mehrfach  
57 zivile Infrastruktur wie Märkte, Krankenhäuser und Schulen zur Zielscheibe der  
58 Auseinandersetzungen. Recherchen von German Arms sowie der investigativen  
59 Plattform Disclose belegen deutlich die Nutzung von deutschen und französischen  
60 Waffen durch die im Jemenkrieg beteiligte arabische Allianz.

61 Lieferungen an die Kriegsparteien verletzen die politischen Richtlinien der  
62 Bundesregierung zu Rüstungsexporten, sowie mehrere vom Europäischen Parlament  
63 gefassten Beschlüsse, darunter der Beschluss 2017/2849. Diese sehen vor,  
64 Rüstungsexporte an die im Jemenkrieg beteiligten Staaten unmittelbar zu stoppen.  
65 Die temporär eingeführten Exportstopps an Saudi-Arabien im November 2018 haben  
66 dabei nicht zu einem langfristigen und umfangreichen Stopp der Exporte geführt.  
67 Erstens wurden trotz Exportstopp sondergeschützte Geländewagen im Wert von rund  
68 800.000€ exportiert. Zweitens betraf der Exportstopp keine  
69 Gemeinschaftsprojekte, sodass die Lieferung von deutschen Zwischenprodukten an  
70 Waffenlieferant\*innen in Frankreich und Großbritannien weiter ging. Drittens  
71 stoppte die Bundesregierung nicht die Waffenlieferungen an die Vereinigten  
72 Arabischen Emirate, die als Teil der arabischen Koalition mit Saudi-Arabien im  
73 Jemenkrieg agieren und allein im ersten Halbjahr 2019 Waffenlieferungen in  
74 erschreckender Höhe von 200 Millionen Euro aus Deutschland erhielten.

75 Wir bekräftigen die Forderungen der BDK 2018 und fordern:

- 76 • Einen dauerhafter Stopp von Waffenexporten an die im Jemenkrieg  
77 beteiligten Staaten zu verhängen, keine neuen Genehmigungen von  
78 Waffenlieferungen an diese Staaten zu erteilen, bereits erfolgte  
79 Genehmigungen zu widerrufen und keine weiteren Ausfuhrgenehmigungen zu  
80 erteilen. Eine de-minimis-Regelung für die Lieferung von Zwischenteilen an  
81 Waffenproduzent\*innen außerhalb Deutschlands lehnen wir ab;
- 82 • Sich gegenüber weiterer Waffenlieferant\*innen, inklusive der USA,  
83 Großbritannien und Frankreich, für einen Stopp der Lieferungen  
84 einzusetzen.

85 3. Frauen\*,inter\* und trans\* Personen (FIT):  
86 marginalisierte Gruppen schützen und stärken!

87 Im ersten halben Jahr des Konflikts ist die geschlechtsspezifische Gewalt in  
88 Jemen über 70 Prozent angestiegen. Von Kinderehen waren 2017 14 Prozent mehr  
89 Mädchen\* unter 18 betroffen als noch im Jahr zuvor. Das hängt damit zusammen,  
90 dass sich ökonomische Situation von Frauen\* und Kindern aufgrund traditioneller  
91 Familienrollen rapide verschlechtert, sobald der Ehemann und Familienvater aus  
92 kriegsbedingten Gründen ausfällt. Jemen ist derzeit auf dem letzten Platz des  
93 Women, Peace and Security Index des Georgetown Instituts - hinter Syrien und  
94 Afghanistan. Von dem Index werden unter anderem die durchschnittliche Anzahl an  
95 Schuljahren, die Beschäftigungsquote, die Verbreitung der Handynutzung durch  
96 Frauen\*, die finanzielle Inklusion, der Anteil an Parlamentssitzen und  
97 Diskriminierung erfasst - in allen diesen Kategorien schnitt Jemen im Jahr 2019  
98 am schlechtesten ab. Dabei betrifft auf Geschlecht basierende Diskriminierung  
99 nicht nur Frauen\*, sondern oft auch inter\* und trans\* Personen. Genaue Angaben  
100 zu diesen Personengruppen sind aufgrund fehlender Datenerhebung leider nicht  
101 möglich.

102 Für eine Nachkriegsordnung sind die Folgeschäden eines bewaffneten Konfliktes  
103 mitzudenken: die Traumatisierung eines großen Teils der Bevölkerung erhöht das  
104 Risiko von häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt. Hier müssen Prävention  
105 und Nothilfe gewährleistet werden.

106 Das Chaos des Krieges hat allerdings auch neue Möglichkeiten eröffnet: zwar  
107 werden die politischen Aktivitäten von Frauen\* im öffentlichen Raum weiter  
108 beschränkt, jedoch werden Frauen\* zunehmend in zivilgesellschaftlichen Räumen  
109 aktiv. Dabei nehmen sie beispielsweise Einfluss auf Entwaffnung, Demobilisierung  
110 und Reintegration und die Reduktion von Waffenproliferation. Auf kommunaler  
111 Ebene arbeiten Frauen\* in einigen Situationen an Frieden, indem sie bewaffnete  
112 Akteure konfrontieren und informell Konflikte schlichten. Zusätzlich zeigt sich,  
113 dass die Frauen\* Bewusstsein für Friedensarbeit in lokalen Gemeinschaften  
114 schaffen und diese aktiv vorantreiben - so gibt es bereits Beispiele, in denen  
115 Frauen\* Friedensverträge zwischen ihren Gemeinschaften und Rebellengruppen  
116 vermittelt haben. Bisher haben die VN Frauen\* oder Frauen\*rechtsgruppen jedoch  
117 nicht am offiziellen Friedensprozess beteiligt, was einem umfassenden,  
118 inklusiven und nachhaltigem Frieden klar im Weg steht und die Chancen von  
119 dauerhaftem Erfolg mindert.

120 Ohne die Frauen\* ist ein nachhaltiger Frieden nicht denkbar. Doch feministische  
121 Friedenspolitik sollte auch immer intersektional gedacht werden: Personen, die  
122 aufgrund von - einschließlich, aber nicht ausschließlich - ihrer sexuellen  
123 Orientierung, Hautfarbe, Behinderung, Ethnie, Religion oder ökonomischen Lage  
124 marginalisiert oder mehrfach diskriminiert werden, müssen am Friedensprozess  
125 beteiligt werden. Nur so kann ein Frieden inklusiv und damit nachhaltig  
126 gestaltet werden.

127 Das Friedenspotential verschobener Geschlechterhierarchien durch den Krieg muss  
128 genutzt und Frauen\* und andere marginalisierte Gruppen für einen Friedensprozess

129 und die daraus resultierende Nachkriegsordnung ermächtigt werden. Daher fordern  
130 wir:

- 131 • Die Teilnahme von Frauen\* und anderen marginalisierten Gruppen an Waffen-  
132 und Friedensverhandlungen zu ermöglichen, anzuerkennen und zu  
133 unterstützen;
- 134 • Frauen\* in kommunalen Gemeinschaften durch finanzielle und technische  
135 Unterstützung zu stärken. Dazu gehören
  - 136 ◦ die Sensibilisierung und Ausbildung zum Thema Frauen\*, Frieden und  
137 Sicherheit,
  - 138 ◦ Mediations- und Verhandlungstrainings
  - 139 ◦ sowie die Vernetzung verschiedener Frauen\*gruppen im Jemen und in  
140 anderen Konfliktkontexten;
- 141 • Die Situation von inter\* und trans\* Personen, die in den Statistiken  
142 bisher nicht aufgegriffen werden, zu untersuchen und aktiv zu  
143 unterstützen.

#### 144 4. Die Post-war Phase im Blick behalten und begleiten

145 Trotz der festgefahrenen Situation im Jemen sind Reflektionen über die  
146 Gestaltung der Post-war-Phase wichtig. Aktuell kann durch das Sammeln von Daten  
147 vermutlicher Kriegsverbrechen dazu beigetragen werden, eine angemessene Ahndung  
148 dieser nach Ende des Konflikts zu ermöglichen. Die unrechtmäßigen Angriffe auf  
149 zivile Ziele, die Zwangsrekrutierung von Kindersoldat\*innen und das Foltern und  
150 Verschleppen von Dissident\*innen, müssen in einer Post-Konfliktphase in einem  
151 Prozess der Gerechtigkeit aufgearbeitet werden.

152 Waffen- und Friedensverhandlungen können nur mit einer breiten Einbindung der  
153 jemenitischen Gesellschaft erfolgreich sein. Eine nachhaltige Lösung kann nur  
154 gefunden werden, wenn die Interessen sunnitischer und schiitischer  
155 Bevölkerungsgruppen sowie religiöser Minderheiten, und auch weitere regionale  
156 Präferenzen berücksichtigt werden. Um die divergierenden Interessengruppen in  
157 einem Staat zu vereinen, könnten verschiedene regionale Gestaltungs- und  
158 Entscheidungsmöglichkeiten eingeräumt werden. Die geostrategischen Vorteile der  
159 Küstenregion um Aden müssen in Friedensverhandlungen in gerechter Weise  
160 berücksichtigt werden.

161 Die Verteilung von natürlichen Ressourcen könnten in einer möglichen regionalen  
162 Aufschlüsselung berücksichtigt werden. Auch der Jemen ist von der Klimakrise in  
163 Form von Dürren und Wüstenbildung auf der einen Seite, und starken  
164 Überschwemmungen auf der anderen Seite, betroffen. Die Bevölkerung sollte in die  
165 Diskussion um Problembereiche wie die Wasserressourcen des Landes mit  
166 eingebunden werden, um die Entstehung neuer Konfliktherde zu vermeiden.

167 Deshalb fordern wir:

- 168 • Die EU auf, in einer Rolle als Mediatorin und in Zusammenarbeit mit den  
169 Vereinten Nationen die Initiative für neue Friedensgespräche zu  
170 übernehmen, deren erstes Ziel ein schnellstmöglicher Waffenstillstand und  
171 die Gewährung humanitären Zugangs sein muss. Die Beteiligung von FIT-  
172 Personen an den Friedensgesprächen muss dabei durch die VN unterstützt  
173 werden.
- 174 • Die VN auf, die divergierenden regionalen Interessensgruppen in der  
175 jemenitischen Gesellschaft bei Verhandlungen über die Zukunft des Jemen  
176 gleichberechtigt einzubinden.
- 177 • Die Bundesregierung und die EU auf, Untersuchungen und Datenbanken, welche  
178 die Ahndung der Kriegsverbrechen nach Ende des Konflikts ermöglichen,  
179 gezielt zu unterstützen.

## Begründung

Sowohl im Bundestag als auch innerhalb der Partei existieren bereits Beschlüsse zum Krieg im Jemen. Doch dem Konflikt wird weder in Deutschland noch in der Weltöffentlichkeit die Aufmerksamkeit gegeben, die der Dramatik der Situation angemessen wäre. Dies ist gefährlich, denn wo Aufmerksamkeit dauerhaft verschwindet, schwindet bald auch die Unterstützung für eine positive Transformation der Situation - sowohl finanziell als auch in Handlungen.

Als Bundesarbeitsgemeinschaft "Frieden und Internationales" von Bündnis 90/Die Grünen beleben wir die friedenspolitische Tradition der Partei. Dadurch ergibt sich die Pflicht, weiter laut auf den Krieg im Jemen hin zu weisen, der unter anderem mit deutschen Waffen geführt wird und die schlimmste humanitäre Katastrophe, die es derzeit gibt, ausgelöst hat. Dabei verschlechtert sich die humanitäre Lage weiterhin - eine diskursive Normalisierung der Situation darf daher nicht zugelassen werden.

Außerdem weist die derzeitige Beschlusslage in Bund und Partei noch Lücken auf: eine feministisch-außenpolitische Betrachtung fehlt, genau wie die Vorstellung einer Nachkriegsordnung.

Die Bündnisgrüne Bundestagsfraktion hat bereits einen wegweisenden Antrag zu feministischer Außenpolitik vorgelegt, es gibt einen Beschluss der LAG Berlin und die Diskussionen um die Relevanz des Themas werden auch im Grundsatzprogrammprozess fortgesetzt. Abseits von grundsätzlichen Entscheidungen müssen wir aber auch beginnen, das Thema Feministische Friedens- und Außenpolitik an praktischen Beispielen anzuwenden und für spezifische Kontexte Lösungsvorschläge zu entwickeln. Die Situation in Jemen zeigt exemplarisch, wie Frauen\* weiterhin nicht ausreichend an Friedensverhandlungen beteiligt werden und wie relevant demnach eine feministische Friedenspolitik ist. Insbesondere bei der Gestaltung der Post-Konfliktgesellschaft tragen Frauen\*-Inter- und Transpersonen eine wichtige Rolle, um nachhaltigen Frieden zu gewährleisten.

Antragstellerinnen: Charlotte Steinmetz (Grüne Jugend), Paula Moser (Grüne Jugend)

Quellen

<https://made-in-france.disclose.ngo/en/chapter/yemen-papers/>

<https://germanarms.interactive.br24.de/>

<https://www.yemendataproject.org/>

<https://www.gruene-bundestag.de/themen/internationale-politik/humanitaere-katastrophe-in-jemen-lindern-ruestungsexporte-stoppen>

<https://www.dw.com/de/un-experten-anzeichen-f%C3%BCr-kriegsverbrechen-im-jemen/a-45253943>

<https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/jemen-un-bericht-zeigt-erneut-notwendigkeit-eines-waffenembargos-auf>

<https://www.unicef.org/emergencies/yemen-crisis>

<https://www.aljazeera.com/news/2019/10/sounds-alarm-children-plight-war-torn-yemen-191023081944720.html>

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-02/saudi-arabien-waffen-embargo-jemen-eu-parlament>

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52017IP0473&from=EN>

<https://www.spiegel.de/politik/ausland/waffenlieferungen-berlin-genehmigt-waffenlieferungen-fuer-eine-milliarde-an-jemen-kriegsparteien-a-1272658.html>

<https://centreforfeministforeignpolicy.org/journal/2018/9/20/peacebuilding-in-yemen-womens-as-agents-for-peace>

[https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/yemen\\_humanitarian\\_needs\\_overview\\_hno\\_2018\\_20171204\\_0.pdf](https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/yemen_humanitarian_needs_overview_hno_2018_20171204_0.pdf)

[https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/CARE\\_No-Future-for-Yemen-without-Woman-and-Girls\\_Oct-2016.pdf](https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/CARE_No-Future-for-Yemen-without-Woman-and-Girls_Oct-2016.pdf)

[https://undocs.org/en/S/RES/1325\(2000\)](https://undocs.org/en/S/RES/1325(2000))

<https://www2.unwomen.org/-/media/field%20office%20arab%20states/attachments/2018/women%20on%20the%20frontlines-web-rev.pdf?la=en&vs=2003>

<https://giwps.georgetown.edu/country/yemen/>

[Building inclusive peace: gender at the heart of conflict analysis](#), Saferworld 2017

[https://www.ecfr.eu/publications/summary/war\\_and\\_pieces\\_political\\_divides\\_in\\_southern\\_yemen](https://www.ecfr.eu/publications/summary/war_and_pieces_political_divides_in_southern_yemen)

<http://www.fluchtgrund.de/land/jemen/>

<https://www.hrw.org/world-report/2019/country-chapters/yemen>

<https://www.amnesty.org/download/Documents/MDE3113832019ENGLISH.PDF>

Bisherige Beschlüsse und Anträge der Grünen

BDK-Beschlüsse

[https://cms.gruene.de/uploads/documents/V-23\\_Beschluss\\_Das\\_Leid\\_im\\_Jemen\\_lindern\\_Ruestungsexporte\\_stoppen-1.pdf](https://cms.gruene.de/uploads/documents/V-23_Beschluss_Das_Leid_im_Jemen_lindern_Ruestungsexporte_stoppen-1.pdf)

[https://cms.gruene.de/uploads/documents/V-49\\_Keine\\_Waffen\\_in\\_Kriegsgebiet.pdf](https://cms.gruene.de/uploads/documents/V-49_Keine_Waffen_in_Kriegsgebiet.pdf)

[https://cms.gruene.de/uploads/documents/V-49\\_Keine\\_Waffen\\_in\\_Kriegsgebiet.pdf](https://cms.gruene.de/uploads/documents/V-49_Keine_Waffen_in_Kriegsgebiet.pdf)

Bundestag:

<https://www.gruene-bundestag.de/themen/internationale-politik/humanitaere-katastrophe-in-jemen-lindern-ruestungsexporte-stoppen>

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/008/1900834.pdf>

Antrag der Grünen Fraktion im Bundestag zu feministischer Außenpolitik

<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/079/1907920.pdf>

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/087/1908703.pdf>